

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

1024

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Jugendzeitung einschließlich Dringens monatlich 80 Pf. Die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3485. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertats werden die 6spaltigen Zeitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 230.

Dresden, Sonnabend den 3. Oktober 1908.

19. Jahrg.

## Die Wahlrechtsfrage

wieder in den Vordergrund der politischen Erörterungen in unserm engeren Vaterlande gelangt. Die herrschenden Parteien treiben ein schmachvolles Spiel, um das werktätige Volk von seinem um sein gutes Recht zu betrügen. Es soll an die Stelle des elenden Dreiklassenwahlrechts ein neues, nicht weniger elendes Mehrstimmwahlrecht gesetzt werden, auf Grund dessen der Arbeiterklasse jede auch nur irgendwie ihrer kulturellen Bedeutung entsprechende Vertretung im Landtage vorenthalten werden soll. Die fleißig schaffende Arbeiterbevölkerung unseres hochentwickelten Landes Sachsen soll als unfähig erklärt werden, für das Wohl des Staatsganges mitzuraten und mitzuwirken!

Das sind ungeheurer schmachvolle Zumutungen, die eine vermüdete Herrscherklasse und ihre Parteien dem sächsischen Volke aufzubieten wagen!

In dieser Situation gilt es, daß die weitesten Kreise der Bevölkerung aufgerüttelt werden und sich mit dieser großen

Grundfrage des politischen Lebens, mit der Wahlrechtsfrage, eingehend beschäftigen!

Überall müssen die jämmerlichen Intrigen der Wahlrechtsfeinde besprochen werden und für die Forderungen der Gerechtigkeit, für das allgemeine, gleiche Wahlrecht nachdrücklich agitiert werden!

Wenn der Führer der verrotteten konservativen Politik, Abgeordneter Opy, soeben geäußert hat, durch das Wahlkompromiß, der „beiden großen Parteien“ der Zweiten Kammer — Parteien von Gnaden des Selbstadwahlsystems! — könne Ruhe im Lande Sachsen geschaffen werden, so ist das nichts als die Wiederholung desselben Firtums, den er im Jahre 1896 bezeugte, als er die schönsten Wirkungen vom Dreiklassenwahlrecht prophezeite. Es wird und kann nimmermehr Ruhe im Lande werden, solange dem Volke das elementarste politische Grundrecht verweigert wird!

### Bülow, der Wahlrechtsfeind.

Eine kürzlich erschienene Mitteilung über den Reichskanzler Bülow hat der Abgeordnete der Zweiten sächsischen Kammer, Abgeordneter Opy, in der Beratung der Wahlrechtskommission gemeldet. Zur Bekräftigung des sächsischen Wahlkompromisses, das von den Konservativen und der Mehrheit der National Liberalen abgeschlossen ist, sagte Abgeordneter Opy:

„Es seien gerade in den letzten Tagen neue gewichtige Stimmen und Ereignisse aufgetreten, die deutlich erkennen lassen, daß die Deputation mit ihrem Vorschlag auf dem richtigen Wege sei. So habe in diesen Tagen Graf Andorffy mitgeteilt, er habe dem deutschen Kanzler und dem englischen Premierminister um das Wahlrecht befragt und beide haben übereinstimmend erklärt, das Pluralwahlrecht sei die einzige Wahlweise, die den Anforderungen der Zivilisation entspreche.“

Die Angelegenheit ist zu bedeutsam, als daß es bei den bisherigen unüberlegten Mitteilungen des Abgeordneten Opy verbleiben dürfte. Verdächtig erscheinen diese Mitteilungen insofern nicht, als es zunächst zweifelhaft erscheinen muß, daß der englische Premierminister Anstänze gegeben haben sollte, die geeignet sein könnten, zur Stille für Wahlrechtskompromisse zu wirken, wie sie ein Opy und seine reaktionäre Gefolgschaft in Sachsen planen.

Anderes liegt es mit dem deutschen Reichskanzler. Herr Bülow hat bereits im Januar dieses Jahres im preussischen Abgeordnetenhaus jene Auslassungen gemacht, die eine Herabsetzung und Schwächung des Reichstagswahlrechts bedeuten. Er hat sich bemüht, daß Bülow sich in der Weise, wie Opy vermeldet, für das Pluralwahlrecht ausgesprochen hat, dann wäre eine Wahlrechtsfeindschaft endgültig festgestellt. Dann ist die Tatsache zu verzeichnen, daß der höchste Beamte des deutschen Reiches, der der Hüter der Verfassungsgrundlagen dieses Reiches sein soll, ein gefährlicher Feind dieser Verfassungsgrundlage, ein Feind des obersten Volksrechtes ist. Diese Tatsache mußte die ganze politische Situation im Deutschen Reich mit Mißbilligung befeuchten!

Zunächst wird die Forderung erhoben werden müssen, daß die Äußerungen des Reichskanzlers auf die Graf Andorffy und auf ihm der sächsische Kammerpräsident sich bezogen haben, in ihrem richtigen und vollen Wortlaut bekannt gegeben werden.

Der Reichskanzler Bülow sagte zu Anfang seiner Rede im Reichstag, zu der Sozialdemokratie gewandt: „Keine Herren, Sie kennen mich ja noch gar nicht.“ Er wollte damit sagen, daß selbst die Sozialdemokratie, wenn sie den neuen Kanzler nur erst recht kennen lernen würde, allerlei gute Seiten an ihm entdecken dürfte. Seit damals hat das deutsche Volk den Herrn Bülow kennen gelernt als agrarischen Reichskanzler, als kapitalistischen Reichskanzler, als reichsfeindlichen

Reichskanzler. Es scheint aber, daß das deutsche Volk seinen Reichskanzler noch immer nicht vollständig kennt. Es ist notwendig, ihn ganz kennen zu lernen, auch als Kanzler der Wahlrechtsfeindschaft, der Entwertung des Volkes. Dann weiß die deutsche Nation, woran sie ist, und sie wird die nötigen Lehren daraus ziehen!

### Bülow als Sparer.

Zur Reichsfinanzreform.

Der Reichskanzler hat nach der täglichen Rundschau sämtlichen preussischen Ministern wie den Staatssekretären eine von dem konservativen Abg. Freiherrn v. Camp nach Rücksprache mit den Führern der Sozialpartei ausgearbeitete Denkschrift zugestehen lassen. In dem Begleitreiben des Kanzlers, das eingehende Vorschläge enthält, werden die Vorschläge des Freiherrn v. Camp als zum Teil recht beachtenswert bezeichnet. Bülow äußert aus:

Von einer Veränderung der Qualität unserer Verhältnisse wird allerdings keinesfalls die Rede sein können; immerhin werde zu erwägen sein, inwiefern auch auf dem Gebiet des Verhältnisses gespart werden könne. Die Rückkehr zur außerordentlichen Sparpolitik, von der wir uns im Staat, in der Kommune wie in der Privatwirtschaft gleich weit entfernt haben, ist dringend geboten. Es ist nicht angeht, in diesem Punkte die Vorschläge der Sozialdemokratie abzuweisen; vielmehr ist es Sache der Regierung und des Reiches, daß diese Initiative bereits im nächsten Etatsentwurf in Reich und Provinz zum Ausdruck kommen wird. Die Reform muß eine grundsätzliche sein, soll auf die Dauer Wandel geschaffen werden. Eine wirkliche Besserung ist nur zu erzielen auf dem Weg einer Modernisierung der gesamten Staatsverwaltung; es bedarf einer Reorganisation und Vereinfachung des gesamten Verwaltungsapparats. Für viele Arbeiten wird z. B. die jetzt die Zeit überbeansprucht in Anspruch genommen, für die Beamten mit geringerer Ausbildung völlig ausreichen. Auch bei der Ausführung öffentlicher Arbeiten sollen sich Ersparnisse erzielen lassen. Preußen soll mit gutem Beispiel vorangehen.

Das ist eine etwas ausführlichere Umschreibung der Ausbeutungen, die kürzlich schon in der Nordd. Allg. Ztg. gemacht wurden.

Was da über Vereinfachung des Beamtenapparats und „außerordentliche Sparpolitik“ gesagt wird, klingt recht schön, aber man wird erst abwarten müssen, was dabei herauskommt. Von ernsthaften Ersparnissen kann ja nur die Rede sein, wenn man den kaiserlichen Hofstaat einzusparen bereit ist. Im Februar 1907 hat der Reichskanzler telegraphisch Ersparnisse auf dem Gebiete des Heereswesens in Aussicht gestellt. Man weiß, daß halt der Ersparnisse große Mehrausgaben gekommen sind. Danach mag man ermeinen, was aus den jetzigen Zusicherungen werden wird.

Diese Zusicherungen werden jetzt offenbar hauptsächlich zu dem Zwecke in die Öffentlichkeit geschickt, um die Stimmung für die famose Reichsfinanzreform zu beeinflussen und zu verbessern. Im Volke aber wird man mit Zug und Recht sagen: Die Sparpolitik hängt schon an, indem 600 Millionen neue Steuern gebordert werden!

Zukunfts Projekte.

Heber die Reichsfinanzreform hat der Abgeordnete Kopke in

einer Versammlung in Nürnberg über die Pläne des Staatssekretärs Sydow einiges mitgeteilt. Der Freisinnige Kopke zählt wohl zu den „Eingeweihten“ und „Weisenden“; er führte aus:

Ende will zunächst die bisherige Erbschaftsteuer in eine Nachlasssteuer auswandeln, die auch einen Nachlass an Kinder und Enkelkinder über 20 000 M. trifft und bei einer Steigerung von 1/2 bis 3 Prozent und einem Zuschlag von 1 1/2 Prozent bei dem Nachlass von nicht überschreitenden ungefähr 100 000 M. Markt einbringen soll. Außerdem soll das Reich bei fehlendem Testament als Erbe eintreten vor den entferntesten Verwandten. In indirekten Steuern werden vorgeschlagen: 1. eine Zigaretten- und Tabaksteuer mit einem ungefähren Ertrag von 60 Millionen Markt, 2. eine Biersteuer von 100 Millionen Markt, 3. eine Verbrauchssteuer auf Fleischwaren mit 30 Millionen Markt. Ferner ist 4. gedacht eine Weinsteuer in Form eines Alkoholabzuges, das bei gleichzeitiger Aufhebung der Lieksteuer auch 100 Millionen Markt einbringen soll. 5. Eine Elektrizitäts- und Gassteuer für Kraft und Licht soll nach dem Uebertrag der Regierung 60 Millionen Markt ertragen. 6. Der Ertrag der Zigarettensteuer wird auf 25 Millionen Markt geschätzt. Nebenbei soll 7. eine Reform der Matrikularbeiträge stattfinden, und zwar in der Form, daß auf den Kopf der Bevölkerung ein Betrag von 80 Pf. anstatt wie bisher 40 Pf. entrichtet werde. Zugleich soll eine Festlegung auf fünf Jahre erfolgen.

### Der Freisinn für korrekte Dreiklassenwahlen.

Was Berlin wird und geschrieben:

Gegen das Ergebnis der Landtagswahlen in mehreren Berliner Wahlkreisen ist von freisinniger Seite Protest erhoben worden. Es geht dem Freisinn nicht, daß es in Berlin sechs Landtagskreise gewonnen hat, er betrachtet von den sechs anderen Kreisen, die der Sozialdemokratie zugefallen sind, wenigstens zwei oder drei als unrechtmäßigen Erwerb, dessen Rückgabe er fordert und mit Hilfe der ihm befreundeten Landtagsmehrheit auch zu erreichen hofft. Der Freisinn will an den Wahlen, die den Sieg der sozialdemokratischen Kandidaten brachten, einige Unkorrektheiten entdeckt haben, Unkorrektheiten, die vom Sieger begangen worden seien sollen, und diese will er zum Vorrang nehmen, um die Vertretung der Sozialdemokratie im Landtag möglichst noch weiter zu vermindern. Wir leben hier ganz davon ab, daß die Unregelmäßigkeiten, die der Freisinn entdeckt haben will, sich als legale Mittel erweisen werden, deren Anwendung eine notwendige Folge des geltenden öffentlichen Wahlrechts ist. Aber selbst wenn die freisinnigen Proteste mit ihren formalen Einwänden so sehr im Rechte wären, wie sie im Unrecht sind, so bliebe die Frage doch immer noch eine arge politische Unregelmäßigkeit, weil es in keiner Richtung darauf hinausläuft, das ohnehin gänzlich verzernte Bild der preussischen Volkswertung noch mehr zu fälschen und zu verzerren.

Nach den genauen Zahlen, die wir im Vormerkz verzeichnet haben, haben in Berlin 244 053 Wähler im ganzen 445 022 Stimmen abgegeben, davon waren sozialdemokratisch 330 871 Stimmen oder 74 Proz., freisinnig aber nur 75 350 Stimmen oder 17 Proz. Der Freisinn hat kaum ein Sechstel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt — aber die Hälfte der Mandate ist ihm zu wenig. Die Sozialdemokratie hat drei Viertel aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt, aber die Hälfte der Sitze ist für sie — nach Aufhebung der freisinnigen Freunde des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts — noch viel zu viel.

In keinem einzigen der zwölf Berliner Landtagswahlkreise fällt auf den Freisinn die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen und nur in einem einzigen die relative Mehrheit; die Sozialdemokratie verfügt in zehn Kreisen über die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen. In zehn Kreisen bleibt die Stimmenzahl des Freisinn hinter einem Viertel der abgegebenen Stimmen zurück; dagegen erzielt die Sozialdemokratie im 3. Kreis 68 Proz., im 2. Kreis gleich-